

Persönlichkeitsrechte in digitalen Zeitungsarchiven

Armin Talke, Rechtskommission des Deutschen Bibliotheksverbandes

ÜBERSICHT

A. ZEITUNGEN AUF PAPIER UND IN DIGITALER FORM.....	1
B.GÜTERABWÄGUNG BEI DER (PRESSE)-BERICHTERSTATTUNG.....	2
I. Meinungs- Presse- und Informationsfreiheit.....	2
1. Meinungsfreiheit	3
2. Pressefreiheit.....	3
3. Informationsfreiheit.....	3
4. Allgemeines Persönlichkeitsrecht.....	4
C.Rechtsprechung zu Persönlichkeitsrechten bei retrospektiver Berichterstattung.....	5
I. Die „Lebach“ – Entscheidungen des BVerfG.....	5
II. Rechtsprechung zu Online-Archiven.....	6
1. Von Anfang an rechtswidrige Berichterstattung.....	8
2. Rechtsprechung zu ursprünglich rechtmäßigen Artikeln.....	9
a. Befürwortung von Unterlassungsansprüchen.....	9
b. Ablehnung von Unterlassungsansprüchen.....	11
D.Bewertung der Rechtsprechung.....	12
I. Grad der Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts.....	12
II. Prangerwirkung des Onlinearchivs.....	13
III. Online-Zeitungsarchive als audiovisuelles Gedächtnis der Informationsgesellschaft.....	14
IV. Verhältnismäßiger Prüfungsaufwand: Haftungsprivilegierung der Onlinearchive.....	15

LITERATURVERZEICHNIS

- Berger, Kathrin (2008): Anm. zu OLG Frankfurt 12.7.07. In: JurisPR-ITR, S. 18/2008 Anm.4.
- Coelln, Christian von (2001): Lebach einmal anders ... die Rundfunkfreiheit fordert ihr Recht Aufsatz von von Coelln. In: ZUM, S. 478.
- Coelln, Christian von (2007): Anm. zu OLG Frankfurt, Urteil vom 22.5.2007. Unterlassungsanspruch eines Straftäters gegen identifizierenden Artikel in Online-Archiv. In: JurisPR-ITR, H. 8 Anm.3.
- Cole, Mark D. (2001): Lebach II: Resozialisierung versus Rundfunkfreiheit - Sieg für das Fernsehen in Runde zwei Beitrag von Cole. In: NJW, S. 795.
- Härtig, Niko (2009): "Prangerwirkung" und "Zeitfaktor". 14 Thesen zu Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsrechten und Datenschutz im Netz. In: CR, S. 21.
- Kaufmann, Noogie C. (2006): Anm. zu AG Charlottenburg: Verletzung des postmortalen Persönlichkeitsrechts durch Nennung in Internetenzyklopädie. In: MMR, S. 256.
- Libertus, Michael (2007): Determinanten der Störerhaftung für Inhalte in Onlinearchiven. In: MMR, S. 143.
- Petersdorff-Campen, Thomas von (2008): Persönlichkeitsrecht und digitale Archive. In: ZUM, S. 102.
- Richter, Klaus (2003): Online-Archive am Ende . Zur rechtlichen Beurteilung von Online-Archiven. In: Medien und Recht, Jg. 2003, S. 211.
- Spindler, Gerald; Schuster, Fabian; Ditscheid, Alexander; Spindler-Schuster (2008): Recht der elektronischen Medien. Kommentar. München: Beck.
- Verweyen, Urs (2008): Die Rechtsprechung zu den Onlinearchiven. In: AfP, S. 133.
- Weller, Michael (2008): Anm. zu LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008. Berichterstattung über Straftaten in Online-Archiv. In: JurisPR-ITR, Jg. 4, S. Anm.4.
- Wenzel, Karl Egbert (2003): Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung. 5. Aufl. Köln: Schmidt.

A. Zeitungen auf Papier und in digitaler Form

Zeitungen gibt es analog und digital. Der Unterschied liegt nicht nur in dem Material, aus dem sie bestehen, sondern vor allem in ihrer Verfügbarkeit. Eine Zeitung ist ein Druckwerk von mäßigem Seitenumfang, das in kurzen periodischen Zeitspannen, mindestens einmal wöchentlich, öffentlich erscheint. Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie der Aktualität verpflichtet ist¹. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung erreicht sie – für den Tag oder die Woche, in der sie erschienen ist, eine hohe Aufmerksamkeit. Die Papier-Zeitungsexemplare landen nach Ablauf dieser Zeit meist im Müll oder in den oft nicht frei zugänglichen² Archiven der jeweiligen Verlage und dem – nur vor Ort nutzbaren – Präsenzbestand von Bibliotheken³. Die Recherche in Archiven gedruckter Zeitungen ist wegen des fehlenden allgemeinen Sach- und Personenindex mühsam. Daher dürfte es selten vorkommen, dass jemand – ohne Angaben über das Erscheinungsdatum eines bestimmten Artikels zu einer bestimmten Person – angesichts der Notwendigkeit einer aufwändigen Recherche - auf einen solchen stößt.

Zeitungen werden oft nicht mehr nur in ihrer gedruckten Form veröffentlicht und archiviert, sondern auf aktuelle und ältere Artikel kann vielfach auch über das Internet zugegriffen werden. Die Verfügbarkeit und Suchmöglichkeiten in den digitalen Archiven sind unterschiedlich: In einigen von ihnen sind die gesamten Artikel als Textdateien durch Internet – Suchmaschinen volltextindexiert und damit per Stichwort durchsuchbar. Die Artikel sind kostenfrei oder gegen Bezahlung zugänglich⁴. Damit kann z.B. im Textkörper eines jeden Artikels über das Eingabefeld der Internet-Suchmaschine oder die Suchmaske der Archivdatenbank ein bestimmter Name, der in einem der Zeitungsbeiträge enthalten ist, gefunden werden. Andere Onlinearchive sind nur über registrierungspflichtige Datenbanken zugänglich, ohne dass die einzelnen Zeitungsartikel durch Suchmaschinen indexiert sind⁵. Um hier nach einem bestimmten Stichwort suchen zu können, muss das Archivangebot also bewusst „betreten“ werden, was zuweilen durch die Registrierung und Identifizierung einen gewissen Aufwand bedeutet⁶. Insgesamt sind Onlinearchive allerdings wesentlich leichter durchsuchbar als Archive gedruckter Zeitungen. Während die Printerzeugnisse oft nur einen oder wenige Tage ohne großen Aufwand leicht verfügbar sind, ist der Zugriff auf Zeitungen, die in ein Onlinearchiv aufgenommen werden, auch lange nach ihrer ersten Veröffentlichung problemlos – weltweit - möglich⁷.

Wo in aktuellen Zeitungsausgaben Persönlichkeitsrechtsverletzungen geltend gemacht werden, stehen Regelungsinstrumente wie der informelle Pressekodex⁸, der auch für Online-Medien gilt, und Gegendarstellungsrechte der Pressegesetze zur Verfügung. Die in den Onlinearchiven öffentlich zugänglichen *älteren* Ausgaben bergen ebenfalls Material für Rechtsstreitigkeiten um Persönlichkeitsrechte. Nach einer Gegenüberstellung von

¹ www.wikipedia.de

² Verweyen, die Rechtsprechung zu den Onlinearchiven, 135

³ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 143

⁴ Verweyen, die Rechtsprechung zu den Onlinearchiven, 134

⁵ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 143

⁶ Verweyen, die Rechtsprechung zu den Onlinearchiven, 135

⁷ Härtling, Prangerwirkung und Zeitfaktor, 23; Petersdorff-Campen, Persönlichkeitsrecht und digitale Archive, 102

⁸ Deutscher Presserat: Pressekodex i.d.F. vom 3.12.2008, <http://www.presserat.info/pressekodex.o.html>

Persönlichkeitsrecht auf der einen- und Informationsinteresse bzw. Informationsfreiheit der Öffentlichkeit auf der anderen Seite soll hier zunächst die Rechtspraxis bezüglich aktueller Zeitungsausgaben beleuchtet werden. Ausgehend von den „Lebach“-Urteilen des Bundesverfassungsgerichts folgt eine Betrachtung der Rechtsprechung zu den Online-Archiven, wobei zwischen solchen Inhalten, die schon in der zur Zeit des Erscheinens rechtswidrig waren, und solchen, deren Online-Verfügbarkeit erst nach Ablauf einer längeren Zeitspanne mangels aktuellen Informationsinteresses der Öffentlichkeit zu einer Persönlichkeitsrechtsverletzung führen kann, unterschieden wird. Die Eckpunkte dieser Rechtsprechung werden analysiert.

B. GÜTERABWÄGUNG BEI DER (PRESSE-) BERICHTERSTATTUNG

Die aktuelle Presseberichterstattung ist durch eine besondere Grundrechtsrelevanz geprägt. Dem entsprechend gibt es eine hohe Dichte verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung⁹, die sich mit dem presserechtlichen Spannungsfeld auseinandersetzt. Dieses Spannungsfeld ist zwischen der Presse- und Meinungsfreiheit sowie Informationsfreiheit und – interesse der Allgemeinheit auf der einen Seite und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht auf der anderen Seite zu verorten.

I. Meinungs- Presse- und Informationsfreiheit

Die aktuelle Berichterstattung sowie deren Entgegennahme wird durch die Grundrechte der Meinungsfreiheit (Art.5 Abs.1 S.1 1.Hs. GG), der Pressefreiheit (Art.5 Abs.1 S.2 1.Hs.) und der Informationsfreiheit (Art. 5 Abs.1 S.1 2.Hs.) geschützt.

1. Meinungsfreiheit

Nach Art.5 Abs.1, 1.Hs. GG hat jedermann das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift zu äußern und zu verbreiten. Der Schutzbereich der Meinungsfreiheit umfasst Werturteile und meinungsbildende Tatsachenbehauptungen¹⁰. Geschützt ist jede Form der Meinungsäußerung – unabhängig vom Bereich¹¹. Außerhalb des Schutzbereiches liegen bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen und solche, deren Unwahrheit unzweifelhaft feststeht¹². Grundrechtsträger ist jede – auch juristische - Person, die eine geschützte Meinung äußert und verbreitet¹³. Neben den Schranken des Art.5 Abs.2 GG – u.A. der allgemeinen Gesetze und dem Schutz der persönlichen Ehre – kann sich eine Rechtfertigung des Eingriffs in die Meinungsfreiheit aus kollidierendem Verfassungsrecht ergeben¹⁴.

⁹ Entscheidungsübersicht in Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 806

¹⁰ BVerfG, Beschluß vom 13.2.1996, 1 BvR 262/91, NJW 1996, 1529; Beschluß vom 22.06.1982 - 1 BvR 1376/79, NJW 1983, 1415

¹¹ Degenhart BK, Art.5, Rn. 94, Jarass/Pieroth, Art. 5 Rn.5

¹² BVerfG, Beschluß vom 22.06.1982, 1 BvR 1376/79, NJW 1983, 1415

¹³ Schmidt-Jortzig HbStR VI 643

¹⁴ Jarass/Pieroth Art.5 Rn 98

2. Pressefreiheit

Der Schutzbereich der Pressefreiheit ist eröffnet, wenn es um die einzelne Meinungsäußerungen übersteigende Bedeutung der Presse für die freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung geht¹⁵. Geschützt ist die Berichterstattung sowie die Verbreitung eigener Meinungen¹⁶. Darunter fällt die Bestimmung von Art und Ausrichtung, Inhalt und Form¹⁷. Alle Personen und Unternehmen, die die geschützten Tätigkeiten vornehmen, sind Träger des Grundrechts¹⁸.

3. Informationsfreiheit

Der Schutzbereich der Informationsfreiheit umfasst *allgemein zugängliche Quellen*. Quellen sind alle Träger von Informationen, die Tatsachen oder Meinungen enthalten¹⁹. Eine Informationsquelle ist allgemein zugänglich, „wenn sie geeignet und bestimmt ist, der Allgemeinheit – also einem individuell nicht bestimmbar Personenkreis – Informationen zu beschaffen“²⁰. Öffentlich zugängliche Archive sind *allgemein zugänglich*²¹. Grundrechtsträger sind nicht diejenigen, die die Information abgeben oder verbreiten, sondern die Personen, die sich informieren wollen²². Ein Eingriff in das Grundrecht der Informationsfreiheit liegt in jeder Maßnahme, die die Informationsaufnahme verbietet oder einem Vorbehalt unterwirft²³. Die Eingriffe können gerechtfertigt sein durch die Schranken der allgemeinen Gesetze (Art.5 Abs.2 GG) und durch kollidierendes Verfassungsrecht²⁴.

4. Allgemeines Persönlichkeitsrecht

Den unter 1. genannten Grundrechten, die den Verbreitern der Information – also in diesem Fall vor Allem Zeitungsverlagen und –Redakteuren – und Zeitungslesern entgegenkommen, kann je nach Inhalt und Form der Berichterstattung das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs.1 iVm. Art.1 Abs.1 GG) der Personen, über die berichtet wird, als kollidierendes Verfassungsrecht entgegenstehen. Es gewährleistet die engere persönliche Lebenssphäre und die Erhaltung ihrer Grundbedingungen²⁵. Darunter fällt die Sicherung eines autonomen Bereichs privater Lebensgestaltung, in dem der Einzelne seine Individualität entwickeln und wahren kann²⁶. Unter das Allgemeine Persönlichkeitsrecht fällt auch das Recht auf Darstellung der eigenen Person: Der Einzelne soll grundsätzlich selbst darüber befinden dürfen, wie er sich gegenüber Dritten oder der Öffentlichkeit darstellen will. , also darüber, was seinen „sozialen Geltungsanspruch“ ausmachen soll²⁷. Nach der „Sphärentheorie“²⁸ wird hinsichtlich der Anforderungen an die Rechtfertigung von Eingriffen in das Allgemeine

¹⁵ BVerfG, Beschluß vom 9.10.1991, 1 BvR 1555/88, NJW 1992, 1439

¹⁶ BVerfG, Beschluß vom 6.10.1959, 1 BvL 118/53, BVerfGE 10, 118 (119)

¹⁷ BVerfG, Urteil vom 15. 12. 1999 - 1 BvR 653/96, NJW 2000, 1021, 1024

¹⁸ BVerfG, Beschluß vom 6. 2. 1979 - 2 BvR 154/78, BVerfGE 50,234 (239)

¹⁹ Schmidt-Jortzig, HbStR VI, 651, BVerfG, Beschluß vom 3. 10. 1969 - 1 BvR 46/65, NJW 1970, 235, 237

²⁰ BVerfG, Beschluß vom 3. 10. 1969 - 1 BvR 46/65, NJW 1970, 235, 237

²¹ Jarass Rn. 16b

²² BVerfG, Beschluß vom 3. 10. 1969 - 1 BvR 46/65, NJW 1970, 235, 237, Jarass/Pierothe Rn.18

²³ BVerfGE 15, 188/295

²⁴ Jarass/Pierothe, Rn. 65-67, 93, 98-101

²⁵ BVerfG, Beschluß vom 3. 6. 1980 - 1 BvR 185/77, NJW 1980, 2070

²⁶ BVerfG, Urteil vom 31.1.1989 - 1 BvL 17/87, NJW 1989, 891

²⁷ BVerfG, Beschluß vom 8.2.1983 - 1 BvL 20/81 NJW 1983, 1179, 1180

²⁸ BVerfG, Urteil vom 15. 12. 1999 - 1 BvR 653/96, NJW 2000, 1021 (1022)

Persönlichkeitsrecht zwischen 3 geschützten Bereichen unterschieden: Der *Sozialsphäre* sind solche Verhaltensweisen zuzuordnen, mit denen sich der Betroffene in Kontakt mit anderen, nicht seinem engeren Familien- oder Freundeskreis zugehörigen Personen begibt. Dieser Bereich ist nach den Grundsätzen des Art. 2 Abs.1 GG – also unter Berücksichtigung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit - einschränkbar. Die *Privatsphäre* umfasst unter Anderem Angelegenheiten, die wegen ihres Informationsgehaltes typischerweise als privat eingestuft werden²⁹. Darunter fällt das Recht des Menschen auf Selbstfindung im Alleinsein und in enger Beziehung zu ausgewählten Vertrauten³⁰. Der Bereich der Intimsphäre, durch seinen höchstpersönlichen Charakter und seinen fehlenden oder geringen Sozialbezug geprägt ist aufgrund seiner Nähe zum absolut geschützten Bereich der Menschenwürde – unantastbar³¹.

C. RECHTSPRECHUNG ZU PERSÖNLICHKEITSRECHTEN BEI RETROSPEKTIVER BERICHTERSTATTUNG

Die Grundlage für die Rechtsprechung zu Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Online-Zeitungsarchive bilden die beiden „Lebach“ – Urteile³² des Bundesverfassungsgerichts, bei denen es um die Ausstrahlung von Fernsehdokumentationen über Jahre zurückliegende schwere Straftaten ging.

I. Die „Lebach“ - Entscheidungen des BVerfG

Das „Lebach I“ - Urteil³³, setzt sich mit der Zulässigkeit einer Fernsehdokumentation über eine zum Urteilszeitpunkt bereits 4 Jahre zurückliegenden schweren – und aufsehenerregenden Straftat – dem „Soldatenmord von Lebach“ - auseinander. Im Rahmen der Dokumentation sollte der Beschwerdeführer, der kurz vor seiner Haftentlassung stand, im Bild gezeigt – und sein voller Name mehrmals erwähnt werden. Das BVerfG hob die Bedeutung der Freiheit der Berichterstattung und der Meinungsäußerung sowie die Informationsfreiheit als schlechthin konstituierend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung hervor³⁴.

Eine abstraktes Rangverhältnis zwischen den Grundrechten der Meinungs- und Pressefreiheit in Relation zum Persönlichkeitsrecht gibt es nach Auffassung des Gerichts nicht: Nach dessen Rechtsprechung ist im *Einzelfall* zu ermitteln, ob das verfolgte öffentliche Interesse an der Berichterstattung – das durch die Presse – und Rundfunkfreiheit geschützt wird – den Vorrang genießt, ob der beabsichtigte Eingriff in die Privatsphäre nach Art und Umfang durch dieses Interesse gefordert wird und im angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Sache steht³⁵. Daraus, dass zu Gunsten der Rundfunkfreiheit gewisse Abstriche beim Schutz des

²⁹ BVerfG, Urteil vom 15. 12. 1999 - 1 BvR 653/96, NJW 2000, 1021 (1022)

³⁰ Jarass/Pieroth, Art.2 Rn. 47

³¹ Schmitt Glaeser HbStR VI 61f

³² BVerfG, Urteil vom 5.6.1973, Az. 1 BvR 536/72, NJW 1973, 1226; Beschluss vom 25.11.1999 Az. 1 BvR 348/98, NJW 2000, 1859

³³ BVerfG, Urteil vom 5.6.1973, Az. 1 BvR 536/72, NJW 1973, 1226

³⁴ BVerfG, a.a.O., 1228

³⁵ BVerfG, a.a.O., 1228

Persönlichkeitsrechts gemacht werden müssen, ergibt sich, daß die erforderliche Abwägung auf der einen Seite die Intensität des Eingriffes in den Persönlichkeitsbereich durch eine Sendung der fraglichen Art berücksichtigen muß; auf der anderen Seite ist das konkrete Interesse, zu dessen Befriedigung die Sendung dient und zu dienen geeignet ist, zu bewerten und zu prüfen, „ob und wieweit dieses Interesse auch ohne eine Beeinträchtigung- oder eine so weitgehende Beeinträchtigung - des Persönlichkeitsschutzes befriedigt werden kann.“³⁶ Während das Informationsinteresse der Öffentlichkeit, das der Freiheit der Berichterstattung zu Grunde liegt, gerade bei aktuellen Medienbeiträgen auch die Nennung des Namens, die Abbildung sowie weiterer Lebensdaten eines Straftäters erlauben kann, „gewinnt nach Befriedigung des aktuellen Informationsinteresses das Recht des Betroffenen, „allein gelassen zu werden“, zunehmende Bedeutung und setzt dem Wunsch der Massenmedien und einem Bedürfnis des Publikums, seinen individuellen Lebensbereich zum Gegenstand der Erörterung oder gar der Unterhaltung zu machen, Grenzen.“³⁷ Eine allgemeine Frist, nach deren Ablauf das Persönlichkeitsrecht das Informationsinteresse der Öffentlichkeit überwiegt, gebe es nicht.

Die entscheidende Frage liegt nach Auffassung des BVerfG darin, ob die betreffende Berichterstattung gegenüber der aktuellen Information eine *erhebliche neue oder zusätzliche* Beeinträchtigung des Täters zu bewirken geeignet ist³⁸. Im konkreten Fall hielt das BVerfG die identifizierende Berichterstattung unter Nennung des Namens und der Abbildung des Täters für verfassungswidrig, denn das Interesse an der Wiedereingliederung des Straftäters in die Gesellschaft, an seiner Resozialisierung, war maßgeblicher Orientierungspunkt für die nähere Bestimmung der zeitlichen Grenze für die identifizierende Berichterstattung³⁹. Eine Gefährdung der Resozialisierung sei regelmäßig anzunehmen, „wenn eine den Täter identifizierende Sendung nach seiner Entlassung oder in zeitlicher Nähe zu der bevorstehenden Entlassung ausgestrahlt werden soll.“⁴⁰ In seinem „Lebach II“ - Beschluss⁴¹ hatte sich das BVerfG zum wiederholten Mal mit den Persönlichkeitsrechten eines Beteiligten am „Soldatenmord“ zu befassen. Auf Grundlage der im „Lebach I“-Urteil aufgestellten Abwägungskriterien kam das Gericht zu dem Ergebnis, dass ein Dokumentarfilm über das 27 Jahre zurückliegende Verbrechen ausgestrahlt werden durfte. Die Rundfunkfreiheit habe vor dem Resozialisierungsinteresse Vorrang, wenn der Film die Identifizierung des Täters für Personen, die seine Verbindung zu der Tat nicht ohnehin kennen, nicht ermögliche⁴².

II. Rechtsprechung zu Online-Archiven

Seit 2001 haben sich verschiedene Gerichte mit der Rechtmäßigkeit von Beiträgen in Onlinearchiven beschäftigt. Dabei ist klar zu differenzieren zwischen solchen Zeitungsbeiträgen, die schon *von Anfang an*, also schon zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung, das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen verletzen und solchen, deren öffentliche Zugänglichmachung sich erst wegen des schwindenden Informationsinteresses nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne seit der aktuellen Berichterstattung als rechtswidrig erweisen könnte.

³⁶ a.a.O., 1229

³⁷ a.a.O., . 1231

³⁸ a.a.O., 1231

³⁹ a.a.O., 1231

⁴⁰ a.a.O., 1232

⁴¹ BVerfG, Beschluss vom 25.11.1999, 1 BvR 348/98 – Lebach II, NJW 2000, 1859

⁴² BVerfG, Beschluss vom 25.11.1999, 1 BvR 348/98, NJW 2000, 1859 (1861)

1. Von Anfang an rechtswidrige Berichterstattung

Berichterstattung, die selbst unter Berücksichtigung des aktuellen Informationsinteresses der Öffentlichkeit wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen nicht rechtmäßig ist, kann in einem Online-Archiv, in dem der Aktualitätsbezug völlig fehlt, nur rechtswidrig sein⁴³. Fraglich ist, welche Konsequenzen das für die Betreiber der digitalen Archive hat. In Betracht kommt die Verpflichtung zur Entfernung schon ursprünglich rechtswidriger Berichterstattung oder jedenfalls die Verpflichtung zur Online-Bereithaltung der auch in der Druckausgabe veröffentlichten Gegendarstellung bzw. des Widerrufs⁴⁴. Ob eine technische Verknüpfung zwischen Ausgangsartikel und Gegendarstellung / Widerruf vom Archivbetreiber zu fordern ist, hängt – wie auch bei ursprünglich rechtmäßigen Beiträgen – davon ab, ob ein solcher Aufwand unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsprinzips noch angemessen ist oder zu einer Überspannung der Überwachungspflichten des Archivbetreibers führt. Diese Problem wird noch näher behandelt.

2. Rechtsprechung zu ursprünglich rechtmäßigen Artikeln

Die Zulässigkeit der längeren Vorhaltung von Zeitungs- oder Zeitschriftenbeiträgen wird in der Rechtsprechung unterschiedlich beurteilt, wenn ein Zeitschriften- oder Zeitungsbeitrag zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung rechtmäßig war. Die Gerichte haben dabei als ausschlaggebende Kriterien die Suchmöglichkeiten in den Onlinearchiven, die mögliche Stigmatisierung von Straftätern, das Informationsinteresse der Öffentlichkeit und die Zumutbarkeit von Überwachungspflichten für die Archivbetreiber angesehen. In allen hier analysierten Entscheidungen ging es um Straftäter, die ihre Resozialisierung durch die permanente Zugänglichkeit der alten Beiträge in Gefahr sahen. Dem Straftäter ging es in den Verfahren jeweils darum, nach Ablauf einer gewissen – je nach Fallkonstellation längeren oder kürzeren – Zeitspanne durch eine ihn identifizierende Berichterstattung nicht mehr mit seiner Tat in Verbindung gebracht zu werden. Urteile des Land- und des Oberlandesgerichts Hamburg befürworten Unterlassungsansprüche auch bei ursprünglich rechtmäßiger Veröffentlichung. Das KG und das OLG Köln haben – wie auch das OLG Wien⁴⁵ solche Ansprüche abgelehnt.

a. Befürwortung von Unterlassungsansprüchen

Nach der Hamburger Rechtsprechung⁴⁶ ist die permanente Veröffentlichung den Straftäter identifizierender Berichterstattung im Internet genauso zu beurteilen wie eine erneute Presseveröffentlichung⁴⁷. Das führt unter Hinweis auf die „Lebach“ – Entscheidungen zur Rechtswidrigkeit der elektronischen öffentlichen Zugänglichmachung der betroffenen Artikel. Die Gerichte begründen dies und damit die Pflicht zur Unterlassung der Zugänglichmachung im Onlinearchiv bzw. zur Anonymisierung der Berichterstattung in den von ihnen entschiedenen Fällen mit der Gefahr der fortlaufenden Stigmatisierung des betroffenen

⁴³ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 147

⁴⁴ S.o., S.3 Richter, Online-Archive am Ende ?, 212

⁴⁵ OLG Wien, Urteil vom 9.12.2002, 18 Bs 183/02, Medien und Recht (MuR) 2003, 78

⁴⁶ OLG Hamburg, Urteil vom 9.10.2007, 7 U 53/07, ZUM-RD 2008, 69; Beschluss vom 28.3.2007, 7 W 9/07, ZUM-RD 2007, 474; LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120

⁴⁷ OLG Hamburg, Urteil vom 9.10.2007, 7 U 53/07, ZUM-RD 2008, 69

Straftäters. Diese beeinträchtigt dessen Recht auf Resozialisierung aus Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 Abs.1 GG, denn auch der verurteilte Mörder müsse nach deutschem Recht grundsätzlich die Chance haben, sich nach Verbüßung einer gewissen Strafzeit in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Das werde auch durch § 2 S.1 StVollzG bestätigt, nach dem das Vollzugsziel der Freiheitsstrafe ist, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen⁴⁸. Für die Abwägung des Resozialisierungsinteresses mit dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit greifen LG und OLG Hamburg auf die „Lebach“ – Rechtsprechung des BVerfG zurück⁴⁹: Gerade bei Berichterstattung unter voller Namensnennung liege in einem elektronischen Pressearchiv die Gefahr nahe, dass „die Resozialisierung, mithin die Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft nach Verbüßung der Strafe wesentlich erschwert“ würde. Die Bereithaltung der streitgegenständlichen Artikel durch den Betreiber des Online-Archivs begründe die Gefahr der ständigen Reaktualisierung der Persönlichkeitsrechtsverletzung des bestraften Delinquenten, die sich durch jeden Abruf der Berichterstattung erneut realisiere⁵⁰. Die Verknüpfung der Straftat mit dem in dem Artikel genannten Namen des Täters dauere auch dann an, wenn für den Leser ersichtlich sei, dass der Archivbeitrag sich nicht auf ein aktuelles- sondern ein weit zurückliegendes Ereignis bezieht. Darüber hinaus führten die Recherchemöglichkeiten in Suchmaschinen dazu, dass die alten Artikel der Öffentlichkeit ähnlich präsent seien wie die aktuellen⁵¹. Dadurch, dass sich jeder Interessierte vom PC aus durch Eingabe des Namens des Täters in die Internet-Suchmaschine oder die Archivdatenbank über dessen Verurteilung informieren könne, sei ein gegenüber anderen Formen der Publikation erheblich intensiviertes und ganz eigenes Maß an perpetuierter Beeinträchtigung verwirklicht⁵². Das führe – auch unter Abwägung mit der Meinungs- und Pressefreiheit sowie mit dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit - zur Verletzung des Persönlichkeitsrecht des bestraften Täters, denn das Resozialisierungsinteresse des Straftäters wiege schwerer als das Interesse an der Aufrechterhaltung einer nicht anonymisierten Berichterstattung über eine Jahre zurückliegende Straftat unter Nennung des Namens des Täters⁵³. Die Interessenlage – und damit die Rechtmäßigkeit – bestimme sich nach den Verhältnissen zur Zeit der jeweiligen Abrufbarkeit⁵⁴. Die aus Art. 5 Abs.1 GG folgende Berichterstattungsfreiheit werde dadurch, dass den Lesern der Täter Jahre nach der Tat nicht durch die Nennung von dessen Namen ohne weiteres erkennbar gemacht werden darf, nur geringfügig begrenzt. Denn die Tat selbst werde dadurch dem Bereich der Gegenstände, über die öffentlich berichtet werden darf, nicht entzogen⁵⁵. Die Rechtswidrigkeit der identifizierbaren Berichterstattung führt nach Ansicht des OLG Hamburg zu Sorgfaltspflichten des Betreibers des Internetarchivs:

Wenn archiviertes Material Dritten im Internet zur Verfügung gestellt werden soll, obliege es dem Betreiber des Pressearchivs als Verbreiter, zuvor die Zulässigkeit unter dem

⁴⁸ LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 (121)

⁴⁹ Beschluss vom 28.3.2007, 7 W 9/07, ZUM-RD 2007, 474 (475), LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 f.

⁵⁰ OLG Hamburg, Beschluss vom 28.3.2007, 7 W 9/07, ZUM-RD 2007, 474 (475); LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 f.

⁵¹ LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 (122)

⁵² OLG Hamburg, Beschluss vom 28.3.2007, 7 W 9/07, ZUM-RD 2007, 474 (475); LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 (122)

⁵³ LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 (121 f.)

⁵⁴ OLG Hamburg, Urteil vom 9.10.2007, 7 U 53/07, ZUM-RD 2008, 69

⁵⁵ LG Hamburg, Urteil vom 18.1.2008, 324 O 507/07, NJW-RR 2009, 120 (122)

Gesichtspunkt des Persönlichkeitsschutzes zu prüfen⁵⁶. Dem Archivbetreiber sei es zumutbar, Artikel über Straftaten, die den vollen Namen des Täters nennen, einem Kontrollverfahren zu und jeweils nach Zeitablauf zu anonymisieren⁵⁷.

b. Ablehnung von Unterlassungsansprüchen

In den von KG⁵⁸, OLG Köln⁵⁹, LG Nürnberg⁶⁰, OLG Wien⁶¹ sowie in ähnlich gelagerten Konstellationen vom LG München⁶² und OLG Frankfurt⁶³ entschiedenen Fällen wurden Ansprüche auf Unterlassung der Namensnennung im Onlinearchiv abgelehnt. Im Gegensatz zur oben behandelten Hamburger Rechtsprechung sahen diese Gerichte das Resozialisierungsinteresse durch die Online-Archivierung nicht als so erheblich gefährdet an, dass der archivierte Zeitungsbeitrag anonymisiert werden müsste: Die bloße Möglichkeit des Archivzugriffs sei nicht mit erneuter Veröffentlichung oder Fernsehausstrahlung vergleichbar⁶⁴. Eine *erhebliche neue oder zusätzliche* Beeinträchtigung des Täters – wie sie in den „Lebach“ – Entscheidungen⁶⁵ in der erneuten Fernsehberichterstattung gesehen wurde, sei in der Online-Archivierung nicht zu erkennen. Die Verbindung des Täters zur Straftat werde – im Gegensatz zu einer Fernsehausstrahlung - durch die digitale Vorhaltung im Internet nicht wieder an das Licht der Öffentlichkeit gezerrt⁶⁶. Mitglieder der Öffentlichkeit nähmen den Archivbeitrag nie zufällig wahr, sondern die Einsichtnahme setze gezieltes Suchen nach dem betreffenden Namen voraus. Nach einer Entscheidung des OLG Frankfurt⁶⁷ gilt das jedenfalls für den Fall, dass die digital archivierten Zeitungsbeiträge mangels dafür notwendiger Indexierung nicht über Internet-Suchmaschinen zu finden sind. Für den Grad der Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts des Straftäters spiele es keine Rolle, dass das Archiv nicht in Papierform, sondern elektronisch geführt wird. Die schnellere Greifbarkeit des Letzteren sei allein die Folge der technischen Weiterentwicklung⁶⁸. Im Übrigen streite für die Unangreifbarkeit des Archivs das

Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG. Danach hat jeder das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Diese Quellen dürfen jedoch

⁵⁶ OLG Hamburg, Urteil vom 9.10.2007, 7 U 53/07, ZUM-RD 2008, 69

⁵⁷ OLG Hamburg, Beschluss vom 28.3.2007, 7 W 9/07, ZUM-RD 2007, 474 (475); OLG Hamburg, Urteil vom 9.10.2007, 7 U 53/07, ZUM-RD 2008, 69

⁵⁸ KG, Beschluss vom 19.10.2001, 9 W 132/01, AfP 2006, 561

⁵⁹ OLG Köln, Beschluss vom 14.11.2005, 15 W 60/05, AfP 2007, 126

⁶⁰ LG Nürnberg, Beschluss vom 6.3.2008, 11 O 1820/08, veröffentlicht unter

<http://www.telemedicus.info/urteile/623-11-O-182008.html>

⁶¹ OLG Wien, Urteil vom 9.12.2002, 18 Bs 183/02, Medien und Recht (MuR) 2003, 78

⁶² LG München, Urteil vom 13.6.2007, 9 O 2295/07, ZUM-RD 2008, 34

⁶³ OLG Frankfurt, Urteil vom 22.5.2007, 11 U 72/06, MMR 2008, 182; OLG Frankfurt, Urteil vom 12.7.2007, 16 U 2/07, ZUM 2007, 915

⁶⁴ OLG Köln, Beschluss vom 14.11.2005, 15 W 60/05, AfP 2007, 126

⁶⁵ BVerfG, Beschluss vom 25.11.1999 – Az. 1 BvR 348/98 – Lebach II, NJW 2000, 1859; BVerfG, Beschluss vom 25.11.1999 Az. 1 BvR 348/98, NJW 2000, 1859 (1861)

⁶⁶ KG, Beschluss vom 19.10.2001, 9 W 132/01, AfP 2006, 561; OLG Frankfurt, Urteil vom 22.5.2007, 11 U 72/06, MMR 2008, 182; OLG Frankfurt, Urteil vom 12.7.2007, 16 U 2/07, ZUM 2007, 915; OLG Köln, Beschluss vom 14.11.2005, 15 W 60/05, AfP 2007, 126; LG Nürnberg, Beschluss vom 6.3.2008, 11 O 1820/08, veröffentlicht unter <http://www.telemedicus.info/urteile/623-11-O-182008.html>; LG München, Urteil vom 13.6.2007, 9 O 2295/07, ZUM-RD 2008, 34

⁶⁷ OLG Frankfurt, Urteil vom 12.7.2007, 16 U 2/07, ZUM 2007, 915 (917)

⁶⁸ OLG Frankfurt, a.a.O.; LG Nürnberg, a.a.O.

nicht dadurch verändert werden, dass eine ursprünglich zulässige Berichterstattung nachträglich gelöscht wird. Dies würde zudem zu einer Verfälschung der historischen Abbildung führen und der besonderen Bedeutung von Archiven nicht gerecht werden⁶⁹. Dagegen überspanne eine Verpflichtung des Betreibers eines Onlinearchivs zur regelmäßigen Überprüfung der sehr umfangreichen Sammlung dessen Überwachungspflichten⁷⁰.

D. BEWERTUNG DER RECHTSPRECHUNG

I. Grad der Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts

Die Gefährdung der Resozialisierung, die nach Auffassung des BVerfG in „Lebach I“ gegen die Rundfunkausstrahlung sprach, ist nicht als absolute Sperre jeglicher Zugänglichmachung identifizierender Berichte zu sehen⁷¹. Grundrechtswerte haben untereinander keine abstrakte Rangordnung. Wo es

keine Möglichkeit eines Ausgleichs gibt, der beide Grundrechte zur Geltung kommen lässt, entscheiden die Umstände des Einzelfalls, welches zurückzutreten hat⁷². Nach Auffassung des BVerfG ist für die Frage der Rechtmäßigkeit eines Eingriffs in das Persönlichkeitsrecht stets maßgeblich, in welchem Maß die konkret angegriffene Berichterstattung die Persönlichkeitsentfaltung beeinträchtigt⁷³. Bei der Interessenabwägung ist zu berücksichtigen, dass Online-Zeitungsarchive regelmäßig nicht von staatlichen Einrichtungen, sondern von privaten Unternehmen betrieben werden, mithin das Allgemeine Verfassungsrechtliche Persönlichkeitsrecht nicht in seiner typischen Abwehrfunktion zum Einsatz kommt, sondern in mittelbarer Drittwirkung. In der Drittwirkungsdimension haben die Grundrechte jedoch eine geringere Regelungsdichte als bei der Abwehr staatlicher Eingriffe⁷⁴. Die „Lebach II“ – Entscheidung wurde auch so interpretiert, dass Einwirkungen auf die Persönlichkeitsentfaltung, die im Verhältnis zum Staat »gerade noch« im Schutzbereich liegen wie die Identifizierbarkeit für Eingeweihte oder auf Grund von Zuschauerrecherchen, im Verhältnis zu Dritten bereits außerhalb des Schutzbereiches anzusiedeln seien⁷⁵. Für das Auffinden online archivierter Berichterstattung über Straftaten ist immer eine mehr oder weniger gezielte Recherche erforderlich. Daher fehlt es ihr an der für die aktuelle Presse- und Rundfunkberichterstattung typischen Breitenwirkung. Wenn – wie bei Onlinearchiven - die Berichterstattung nicht als an die Mitglieder der Öffentlichkeit *herangetragen* wird, sondern diese vielmehr *von sich aus recherchieren* müssen, ist der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Täters im Vergleich zu einer wiederholten Zeitungsnachricht oder Rundfunkausstrahlung gering⁷⁶.

⁶⁹ OLG Frankfurt, a.a.O.; LG Nürnberg, a.a.O

⁷⁰ OLG Frankfurt, Urteil vom 12.7.2007, 16 U 2/07, ZUM 2007, 915 (917)

⁷¹ von Coelln, ZUM 2001, 478 (483)

⁷² von Coelln, ZUM 2001, 478 (483)

⁷³ BVerfG, Urteil vom 5.6.1973, Az. 1 BvR 536/72, NJW 1973, 1226; Beschluss vom 25.11.1999 Az. 1 BvR 348/98, NJW 2000, 1859 (1860)

⁷⁴ von Coelln, Lebach einmal anders, 482

⁷⁵ von Coelln, a.a.O.

⁷⁶ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 148

Da es sich bei Straftaten immer um Ereignisse handelt, die der Sozialsphäre des Täters – und nicht etwa der Privat- oder Intimsphäre – zuzuordnen sind, ist eine Interessenabwägung auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen⁷⁷.

II. Prangerwirkung des Onlinearchivs

Ausgehend von der „Lebach“ – Rechtsprechung des BVerfG misst sich die Rechtmäßigkeit eines Beitrages im Online-Archiv daran, ob dieser in seiner Wirkung mit einer aktuellen (Rundfunk-) Berichterstattung dahingehend vergleichbar ist, als das zurückliegende Ereignis und damit die daran beteiligte Person wieder an das Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden. Ob das der Fall ist, wird nicht nur in der zitierten Rechtsprechung, sondern auch in der Literatur unterschiedlich gesehen. Auf der einen Seite wird Online-Zeitungsarchiven eine „Prangerwirkung“ zugeschrieben⁷⁸, die in ihrer Intensität der Persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigung durch aktuelle Berichterstattung nicht nachsteht. Die Intensität der Beeinträchtigung ergebe sich aus der unkontrollierbaren weltweiten Verbreitung, der leichten Auffindbarkeit durch Suchmaschinen und der Dauerhaftigkeit der Online-Veröffentlichung⁷⁹. Die Prangerwirkung zeichne sich dadurch aus, dass die jeweiligen Artikel durch Personen, die kein Informationsinteresse haben, das über die reine Neugier hinausgeht, leicht auffindbar ist⁸⁰. Es kommt also – gerade im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit aktueller Berichterstattung – darauf an, ob die betreffenden Archivinhalte von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das entscheidende Kriterium liegt darin, ob eine Vielzahl von Personen zufällig – ohne danach überhaupt gesucht zu haben, von dem länger vergangenen Ereignis Kenntnis erlangt⁸¹. Von der Allgemeinheit wird regelmäßig das wahrgenommen, was im Rundfunk oder in der Presse – sei es in gedruckter oder in der Onlineversion als neuer Beitrag veröffentlicht wird. Bei Onlinemedien sind archivierte Beiträge, deren anklickbare Überschrift dem Leser der aktuellen Berichterstattung unaufgefordert präsentiert wird, ebenso wahrnehmbar wie jene. Diese im Zusammenhang mit der aktuellen Presseveröffentlichung als kontextrelevant verlinkten Archivbeiträge können also eine wesentlich empfindlichere Persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigung bewirken als solche, die nicht mit neu veröffentlichten Artikeln verknüpft sind. Daher können sie einem *erneuten Behaupten* gleichgestellt werden⁸².

Dagegen sind Archivbeiträge, die nicht mit der aktuellen Berichterstattung verlinkt sind, in ihrer Breitenwirkung mit einer Neuveröffentlichung nicht vergleichbar. Fraglich ist - unter Berücksichtigung der für eine gezielte Suche im Internet erforderlichen Vorkenntnisse über die gesuchte Person bzw. die Umstände des Sachverhalts -, ob die Beeinträchtigung, auch unter maximal optimierten Suchmöglichkeiten, überhaupt von relevanter Intensität ist⁸³. Über den Personenkreis, der ohnehin um die Umstände der Tat weiß, hinaus nimmt wohl nur ein verschwindend geringer Teil der Gesellschaft Kenntnis von dem Archivbeitrag⁸⁴. Noch

⁷⁷ zur Sphärentheorie s.o., S.5

⁷⁸ Härtling, Prangerwirkung und Zeitfaktor, 21

⁷⁹ Härtling, a.a.O., 21

⁸⁰ Härtling, a.a.O.

⁸¹ Petershoff-Campen, Persönlichkeitsrecht und digitale Archive, 107

⁸² von Coelln Anmerkung zu OLG Frankfurt, Punkt D; Weller, Anmerkung zu LG Hamburg, Punkt C; OLG Frankfurt, Beschluss vom 20.09.2006, 16 W 54/06, AfP 2006, 568 (569)

⁸³ Vgl. Petershoff-Campen, Persönlichkeitsrecht und digitale Archive 107

⁸⁴ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 149

geringer im Vergleich zu aktueller Berichterstattung fällt der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht aus, wenn die Wahrscheinlichkeit zufälliger Kenntnisnahme durch bestimmte Maßnahmen minimiert wird. Durch solche „Schutzvorkehrungen“ ist die Wahrnehmbarkeit der Inhalte einiger Online-Archive eingeschränkt: Soweit Suchmaschinen den Artikel selbst nicht in ihrem Cache, den sie nach den in das Suchfeld eingegebenen Begriffen automatisch durchsuchen, aufgenommen und indexiert haben, ist die Findbarkeit durch Neugierige, die nicht gezielt das Archiv ansteuern und darin recherchieren, bereits vollständig ausgeschlossen. Der Aufwand hierfür hält sich in Grenzen. In der Regel reicht es schon aus, die Artikel in eine gesonderte Datenbank zu integrieren. Die Seiten werden dann nicht vom Crawler der Suchmaschine gefunden. Eine zusätzliche Schranke für den Zugriff der Öffentlichkeit – und damit die gehäufte Wahrnehmung – kann auch eine Registrierungs- oder Kostenpflichtigkeit des Zugriffs auf die Archive sein.

III. Online-Zeitungsarchive als audiovisuelles Gedächtnis der Informationsgesellschaft

Verschiedene Programme zur Digitalisierung des kulturellen Erbes weisen auf die kommunikationspolitische Bedeutung⁸⁵ elektronischer Archive hin: Die i2010 – Initiative der EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Inhalte gedruckter Literatur – unabhängig von der Publikationsart – im Internet der Allgemeinheit präsentieren zu können. Der dahinter stehende Gedanke ist, den Menschen Medieninhalte retrospektiv so vollständig wie möglich zu digitalisieren und im Internet zugänglich zu machen⁸⁶. Den gleichen Gedanken erfolgt die „Deutsche Digitale Bibliothek“⁸⁷.

Das BVerfG hat 1981 in seiner „Pflichtexemplar“ – Entscheidung⁸⁸ mit dem kulturpolitischen Ziel der Staatsbibliotheken, „die literarischen Erzeugnisse dem wissenschaftlich und kulturell Interessierten möglichst geschlossen zugänglich zu machen und künftigen Generationen einen umfassenden Eindruck vom geistigen Schaffen früherer Epochen zu vermitteln“, argumentiert. Eine Publikation sei ein eigenständiger, das kulturelle und geistige Geschehen seiner Zeit mitbestimmender Faktor. Das Druckwerk sei, losgelöst von privatrechtlicher Verfügbarkeit, geistiges und kulturelles Allgemeingut. Weil die Online-Verfügbarkeit – und nicht etwa nur die Zugreifbarkeit archivierter Print-Informationen - auch historischer Publikationen den Eindruck künftiger Generationen prägt, müssen die Grundsätze der „Pflichtexemplar“ – Entscheidung bei der Interessenabwägung hinsichtlich der Onlinearchive zumindest mit einfließen⁸⁹. Die Onlinearchive mit ihrer wachsenden Größe lösen in der zunehmend internetbezogenen Informationsgesellschaft die Printarchive als „Kollektives Gedächtnis“ ab⁹⁰.

⁸⁵ Libertus, S.148; Petershoff, S.102

⁸⁶ Pressemitteilung der Bundesregierung: „Die Deutsche Digitale Bibliothek“, <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/Mediennpolitik/DeutscheDigitaleBibliothek/deutsche-digitale-bibliothek.html>

⁸⁷ Entschließung des Europäischen Parlaments zu „i2010: Auf dem Weg zu einer Europäischen Digitalen Bibliothek“ vom 27.9.2007 (P6_TA(2007)0416)

Und Mitteilung der Kommission vom 28.8.2009 (KOM(2009) 440 endgültig)

⁸⁸ BVerfG, Beschluss vom 14.7.1981, 1 BvL 24/78, NJW 1982, 633 f.

⁸⁹ Libertus, S.148

⁹⁰ Libertus, S.148

IV. Verhältnismäßiger Prüfungsaufwand: Haftungsprivilegierung der Onlinearchive

Die qualitätsvolle Massendigitalisierung von Monographien, Jahrzehnte abdeckender Zeitschriften - und Zeitungsarchive, der Aufbau für den Nachweis geeigneter Datenbanken, Volltextindexierung, Strukturierung und die Erschließung der Medien erfordert erhebliche Investitionen von Bibliotheken und Verlagen. Würde bereits in der öffentlichen Zugänglichmachung älterer Zeitungsausgaben, in denen Straftatbeteiligte identifizierbar sind, eine zum Schadensersatz verpflichtende schuldhaftige Rechtsverletzung liegen, wäre der Aufbau solcher Archive mit erheblichen – nicht im einzelnen kalkulierbaren - Vermögensrisiken behaftet. Um diese zu reduzieren, müssten die Archivbetreiber über die bereits für die technische Realisierung erforderlichen Investitionen hinaus weiteren hohen Aufwand betreiben: Sie müssten, um jegliche Haftung wegen Persönlichkeitsrechtsverletzungen möglichst zu vermeiden, sämtliche Zeitungsausgaben vor der Zugänglichmachung auf Artikel durchsuchen, die sich auf Straftaten beziehen, in denen Bilder oder Namen Beteiligter enthalten sind. Weil aber der Persönlichkeitsschutz gegenüber dem Publikationsinteresse nicht generell Vorrang genießt, sondern das Verhältnis jeweils im Einzelfall durch eine Abwägung festzustellen ist⁹¹, käme zu der erheblichen Recherchearbeit auch noch die juristische Überprüfung jedes einschlägigen Zeitungsartikels hinzu – mit oft nicht eindeutigem Ergebnis. Selbst wenn der Archivbetreiber also solch hohe Investitionen betreiben würde, bliebe er einem gewissen Risiko ausgesetzt. Um die vermögensrechtlichen Risiken vollständig zu vermeiden, bliebe ihm nur die Möglichkeit, unter Verzicht auf juristische Einzelfallprüfung – aber immer noch unter erheblichem Rechercheaufwand – jede namentliche Erwähnung oder identifizierbare Abbildung eines Straftatbeteiligten ganz zu entfernen.

Konsequenz der unbeschränkten Haftbarkeit für Persönlichkeitsverletzungen in digitalisierten Zeitungsartikeln wäre also, dass Archivbetreiber einen hohen zusätzlichen Investitionsaufwand zu bewältigen hätten, der das Modell des Onlinearchivs insgesamt unwirtschaftlich machen kann. Als Alternative bleibt den Zeitungsverlagen oder Bibliotheken entweder der vollständige Verzicht auf das Onlinearchiv oder dessen erhebliche Abänderung durch Anonymisierung eines nicht unerheblichen Teils der enthaltenen Artikel. Beides würde den oben genannten Zielen der i2010-Initiative und der „Deutschen Digitalen Bibliothek“ widersprechen.

Angesichts der Feststellung, dass Onlinearchive erwünschte Nachweissysteme und für historisch und kulturell Interessierte einen kaum verzichtbaren Fortschritt bedeuten⁹², auf der anderen Seite aber Rechtsverletzungen durch den Betrieb nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ausgeschlossen werden können, liegt es nicht fern, eine den für Anbieter von Telemedien geltenden Regeln entsprechende Haftung anzunehmen. Nach § 7 Abs.2 S.1 TMG sind Diensteanbieter, die fremde Informationen übermitteln und speichern, nicht dazu verpflichtet, diese zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen. Da Betreiber von Onlinearchiven regelmäßig keine fremden, sondern eigene Informationen anbieten, sind sie nicht unmittelbar nach § 7 Abs.1 S.

⁹¹ BVerfG, Urteil vom 5.6.1973, Az. 1 BvR 536/72, NJW 1973, 1226; Beschluss vom 25.11.1999 Az. 1 BvR 348/98, NJW 2000, 1859 (1860)

⁹² s.o., S.14

2 TMG von der Überwachungspflicht ausgenommen. Die Interessenlage ist jedoch vergleichbar. Die Haftungsprivilegierungen der §§ 7-10 TMG regeln ein abgestuftes System der Verantwortlichkeit: Bezogen auf fremde Informationen sind Anbieter beim sog. Hosting nur bei Kenntnis, bei Schadensersatzansprüchen auch bei Kennenmüssen, verantwortlich⁹³. Die Ausnahmen von der Verantwortlichkeit nach allgemeinen Vorschriften decken u.a. die Fälle ab, in denen die Tätigkeit des Anbieters darauf beschränkt ist, von Dritten zur Verfügung gestellte Informationen zu speichern. Telemediendienstleister sind in Bezug auf fremde Inhalte von proaktiven Überwachungspflichten befreit, weil sie eine so hohe Belastung darstellen würden, dass ganze Geschäftsmodelle unwirtschaftlich würden⁹⁴. Die Gleichstellung der Onlinearchive mit den Telemediendiensten des TMG ist in Übereinstimmung mit den oben genannten Gesichtspunkten gerechtfertigt. Insofern müssen zumindest ursprünglich rechtmäßige Artikel, die in das digitale Archiv eingestellt werden, mit „fremden“ Inhalten gleichgestellt werden. Angesichts der Größe der Archive ist es mit angemessenem Einsatz nicht leistbar, zu prüfen, ob sich seit der Ausgangsberichterstattung Änderungen ergeben haben und die Güterabwägung zwischen Persönlichkeitsrecht und Informationsinteresse jetzt anders ausfallen würde als zur Zeit der (zulässigen) Erstveröffentlichung⁹⁵. Das rechtfertigt es, statt der allgemeinen Haftungsgrundsätze die der Störerhaftung anzuwenden. Die Haftung des Störers setzt generell die Verletzung von Prüfungs- oder Obhutspflichten voraus⁹⁶. Der Umfang der Pflichten des Diensteanbieters bestimmt sich danach, ob und inwieweit dem als Störer in Anspruch genommenen nach den Umständen eine Prüfung zuzumuten ist, wobei sich Art und Umfang der gebotenen Prüf- und Kontrollmaßnahmen nach Treu und Glauben richten⁹⁷. Die Rechtsprechung hält jedenfalls bei fremden Inhalten eine Zumutbarkeit der Prüfung erst bei Kenntnis über die Umstände für gegeben⁹⁸. Es wäre ein Wertungswiderspruch, wenn Onlinearchive dagegen für alle Inhalte – unabhängig davon, ob sie ursprünglich rechtmäßig waren oder nicht - auf Schadensersatz haften würden⁹⁹.

E. FAZIT

Angesichts der Online-Zeitungsarchive zeigt sich ein grundlegendes Problem der juristischen Behandlung von Internet-Dienstleistungen: Auf der einen Seite sind deren Vorteile bei der Verfügbarmachung von Informationen aller Art willkommen. Auch – wie z.B. die Digitalisierung des kulturellen Erbes – von politischen Entscheidungsorganen wie der EU-Kommission und der Bundesregierung gewollt ist, sind diese dazu aufgerufen, die gesetzliche Lage so zu gestalten, dass den Betreibern der Onlinearchive nicht Prüfungspflichten aufgebürdet werden, die das Angebot unwirtschaftlich und unkalkulierbar machen. So lange aber Gesetzgeber oder Gerichte – letztere in analoger Anwendung der §§ 7 ff TMG - keine

⁹³ Entwurf eines Gesetzes über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr, BR-Dr. 136/01 vom 16.2.2001, S. 49

⁹⁴ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 147

⁹⁵ Libertus, a.a.O., 147

⁹⁶ BGH, Urteil vom 11.3.2004, I ZR 304/01, ###

⁹⁷ BGH, a.a.O.; Wolff in Wandtke/ Bullinger, § 97, Rn.15

⁹⁸ BGH, Urteil vom 11.3.2004 – Az. I ZR 304/01, ###

⁹⁹ Libertus, Determinanten der Störerhaftung, 147

Haftungsprivilegierung für die Betreiber der digitalen Archive vorsehen, sei diesen geraten, vorsichtig zu sein, indem auf der einen Seite die Publizitätswirkung – etwa durch Verzicht auf Suchmaschinenindexierung und Einführung einer Registrierungspflicht für die Archivdatenbank – verringert wird, auf der anderen Seite auf die Geltendmachung von Persönlichkeitsrechten sofort mit der Entfernung des betreffenden Artikels aus dem Archiv reagiert wird.